

Andreas Babler, MSc

Vizekanzler

Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.503.235

Wien, am 27. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Abgeordnete zum Nationalrat Thomas Spalt und weitere Abgeordnete haben am 11. Juni 2026 unter der **Nr. 6282/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Akuter Handlungsbedarf nach Vertragskündigung: Rettung der historischen Eisenbahnsammlung Strasshof vor dem endgültigen Aus“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Welche konkreten und unmittelbaren Konsequenzen hat die Kündigung des Kooperationsvertrags durch die ÖBB-Holding vom 29.05.2026 für den Verbleib der 82 historischen Schienenfahrzeuge ab dem 01.01.2027?*

Sofern bis zum 1. Jänner 2027 keine abweichende vertragliche Regelung getroffen wird, fallen mit 1. Jänner 2027 die mittels Leihvertrag an die ÖBB-Holding AG geliehenen Objekte der Schienenfahrzeugsammlung zurück an den Bund. Die weitere Vorgehensweise wird derzeit in diversen Besprechungen mit allen beteiligten Stellen erörtert, um den Erhalt der Sammlung zu sichern und die Situation für die Objekte nachhaltig zu verbessern.

Zu Frage 2:

- *Die Kulturabteilung des Ressorts hat eingeräumt, dass die Angelegenheit prioritär behandelt wird. Welche konkreten, rechtlich abgesicherten Übergangs- oder Dauerlösungen wurden seitens des Ressorts seit dem Kündigungsschreiben im Mai 2026 ausgearbeitet?*

Das Ressort hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) in zahlreichen Terminen seit Jänner 2024 verschiedene Lösungsansätze geprüft, dabei internationale Vergleichsbeispiele herangezogen und deren Umsetzung gemeinsam mit den beteiligten Stellen, allen voran der ÖBB-Holding AG, einer Evaluierung unterzogen. Die Modalitäten der künftigen Verwaltung und Betreuung der Sammlung werden im weiteren Verlauf der Gespräche konkretisiert werden. Da die Ausgestaltung einer Übergangs- bzw. einer dauerhaften Lösung Gegenstand der aktuellen Gespräche ist, kann derzeit keine nähere Auskunft dazu erfolgen.

Zu Frage 3:

- *Bis wann wird die von Ihrem Ressort in der Anfragebeantwortung 2902/AB angekündigte „künftige Organisationsform“ finalisiert, um den rechtlichen Rahmen ab dem 01.01.2027 lückenlos zu schließen?*

An einer Lösung wird intensiv gearbeitet, wobei der rechtliche Rahmen und mögliche Organisationsformen mitbedacht werden. Es handelt sich um ein komplexes Vorhaben mit zahlreichen Stakeholdern, weshalb entsprechend fundiert vorgegangen werden muss. Eine Lösung soll rechtzeitig bis Jahresende 2026 vorliegen, um die notwendigen Vorkehrungen treffen zu können.

Zu Frage 4:

- *Da die Planung finanzieller Mittel laut Ihrer letzten Beantwortung an diese Organisationsform gekoppelt war: Wie hoch beziffert das Ressort den akuten finanziellen Bedarf für das Budgetjahr 2027, um die Unterbringung und den Erhalt der Fahrzeuge interimistisch oder dauerhaft zu sichern?*

Eine Einschätzung des konkreten finanziellen Bedarfs ist nach Vorliegen der finalen Zustandsberichte im Rahmen des Gutachtens durch das Technische Museum Wien möglich und hängt in weiterer Folge maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung der Lösung, etwa der künftigen Organisationsform und des Sanierungskonzepts, ab. Derzeit kann der finanzielle Bedarf dieser Maßnahmen noch nicht beziffert werden.

Zu Frage 5:

- *Wurde im Rahmen der Budgetverhandlungen eine Umschichtung im Kulturbudget vorgenommen, um die langfristige Erhaltung des staatlichen Bahnerbes sicherzustellen?*
 - a) *Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Posten?*
 - b) *Wenn nein, warum wurde dieser Vorschlag zur Rettung der Bundessammlung abgelehnt?*

Sobald eine Lösung in den Grundzügen vorliegt, können die erforderlichen budgetären Vorkehrungen getroffen werden. Gemeinsam mit den beteiligten Stellen soll ein Gesamtkonzept zur Erhaltung der Schienenfahrzeuge erarbeitet werden, das in einem darstellbaren finanziellen Rahmen umsetzbar ist und gleichzeitig der Bedeutung der Sammlung für die Republik Österreich gerecht wird.

Zu Frage 6:

- *Da sich die ÖBB-Holding offenbar nicht in der Lage sieht, einen Beitrag zum Erhalt des Bahnerbes zu leisten stellt sich die Frage, ob es bereits konkrete Gespräche oder Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur gibt, um eine Absicherung und Querfinanzierung über das Verkehrsbudget zu erwirken?*
 - a) *Wenn ja, wie ist hier der aktuelle Verhandlungsstand?*
 - b) *Wenn nein, warum wurde diese Option bisher nicht geprüft?*

Gespräche mit dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur wurden geführt, wobei zum aktuellen Zeitpunkt keine direkte Mitwirkung dieses Ressorts vorgesehen ist. Verhandlungs- und Vertragspartnerin mit der Republik ist in der gegenständlichen Angelegenheit die ÖBB-Holding AG selbst.

Zu Frage 7:

- *Welche Rolle spielt die Finanzprokurator seit August 2025 beziehungsweise nach der nun erfolgten Kündigung im Mai 2026 bei der Abwicklung des geplatzten Leihvertrags und der Sicherung des Bundeseigentums?*

Die Finanzprokurator ist als Rechtsvertretung des Bundes in die Erarbeitung einer Lösung für die Schienenfahrzeugsammlung des Bundes eingebunden und berät das Ressort in Rechtsfragen betreffend die Vorgehensweise sowie vertragliche Ausgestaltungen im Rahmen des gegenständlichen Sachverhalts.

Zu Frage 8:

- *Inwiefern ist das Land Niederösterreich nach der Vertragskündigung durch die ÖBB in die Erarbeitung einer Rettungsstrategie eingebunden, und gibt es Zusagen für eine finanzielle oder infrastrukturelle Co-Finanzierung seitens des Landes?*

Das Land Niederösterreich ist seit Beginn des Prozesses im Jänner 2024 in die Gespräche involviert. Inwieweit das Land Niederösterreich an einer Lösung, auch in finanzieller Dimension, mitwirken wird, kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Zu Frage 9:

- *Welche Sofortmaßnahmen werden bis zum Jahresende 2026 gesetzt, um die rund 48% der bereits als sanierungsbedürftig eingestuften Objekte vor dem kommenden Winter und dem drohenden Totalausfall durch fehlenden Witterungsschutz zu bewahren?*

Die Bundesdienststellen stimmen überein, dass das primäre Ziel die Bewahrung und damit die Verhinderung des weiteren Verfalls der Bundessammlung sein muss. Das Technische Museum Wien wurde mit der Erstellung von Zustandsberichten zur Feststellung der Schadenshöhe beauftragt, welche Grundlage weiterer Gespräche mit der ÖBB-Holding AG sein werden. Nach Fertigstellung soll auf Basis der Ergebnisse ein Sanierungs- und Erhaltungskonzept erarbeitet werden. Wie viele Objekte tatsächlich als „sanierungsbedürftig“ einzustufen sind, kann erst nach Vorliegen des Gutachtens beantwortet werden. Auch temporäre Erhaltungsmaßnahmen werden in die Überlegungen miteinbezogen und werden Bestandteil der weiteren Vorgehensweise sein. Das Bundesdenkmalamt ist in die Überlegungen betreffend Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen eingebunden.

Andreas Babler, MSc

